

Beschluss des Landesausschusses vom 17. Oktober 2019

Der Landesausschuss hat sich auf seiner Sitzung am 23. August 2019 mit der Frage der Neuordnung der Finanzbeziehungen und der Personalstruktur in unserem Landesverband befasst. Aufgrund der Komplexität und der Bedeutung des Themas für die weitere Entwicklung unseres Landesverbandes verständigte sich der Landesausschuss auf eine außerordentliche Sitzung am 17. Oktober 2019.

Die Landesschatzmeisterin stellte verschiedene Modelle der Finanzierung der weiteren Arbeit und der daraus resultierenden personellen Möglichkeiten vor. Der Landesausschuss stellt fest, dass in einem umfangreichen Diskussionsprozess in den Kreisverbänden, im Landesfinanzrat, im Landesvorstand und im Landesausschuss verschiedene Modelle durch die Landesschatzmeisterin transparent dargestellt wurden. Für diese umfangreiche und akribische Arbeit dankt der Landesausschuss der Genossin Göwe.

Fest steht, die notwendigen Veränderungen sind kein Grund für einen Freudenausbruch. Ein weiter so der Finanzbeziehungen in unserem Landesverband ist aber nicht möglich. Die Finanzbeziehungen müssen neu sortiert werden.

Die Veränderungen stellen uns vor große Herausforderungen in der gesamten Arbeit. In dieser Debatte und der Umsetzung der vom Parteitag gefassten Beschlüsse darf und wird es keine Sieger und Verlierer geben. Die zu treffende Entscheidung kann ihrem Wesen nach nicht gleichermaßen alle zufrieden stellen. Sie bedeutet letztendlich für alle Einschnitte. Mehrheitsentscheidungen, wie sie der Landesparteitag treffen wird, sollten durch alle akzeptiert und anerkannt werden. Nur gemeinsam und in einer offenen, ehrlichen Diskussion, die die Erfahrungen vor Ort auch weiterhin berücksichtigt, haben wir eine Chance uns neu aufzustellen und unsere weitere Arbeit positiv zu gestalten.

Im Ergebnis dieser umfangreichen Debatte stellt der Landesausschuss fest:

1. Es ist problematisch, dass die personelle Ausstattung der Kreisverbände mit Hauptamtlichkeit von der Mitgliederzahl abhängt. Wollen wir in der Fläche aktiv bleiben, müssen wir auch in Regionen mit schwächeren Strukturen mit Hauptamtlichkeit präsent sein. Dies ist in allen diskutierten Modellen so vorgesehen.
2. Die notwendigen personellen Veränderungen müssen mit Rücksicht auf die Angestellten des Landesverbandes vorgenommen werden. Hier einen ordentlichen Übergang, der Klageverfahren oder ähnliche Auseinandersetzungen verhindert, zu finden, ist dringend geboten und notwendiger Weise durch den Landesvorstand so umzusetzen. „Sozial & Solidarisch“ sollte hier unsere Handlungsmaxime sein.
3. Der Landesverband wird nicht alleine und ohne Hilfe diesen personellen Übergang gewährleisten können. Hier ist Hilfe der Bundespartei notwendig und auch möglich. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, dass es in der Bundesgeschäftsstelle einen beständigen

personellen Aufwuchs gibt und wir in Mecklenburg-Vorpommern die ganzen letzten Jahre immer nur Personalreduzierungen diskutieren. Die Schaffung des geordneten Überganges zu neuen Personalstrukturen im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ist auch Aufgabe der Bundespartei. Die Sprecherin und der Sprecher des Landesausschusses werden aufgefordert, die Positionierung dem Bundesausschuss und dem Bundesvorstand zu übermitteln.

4. Egal für welches Modell sich der Landesparteitag entscheidet – immer wird eine neue personelle Struktur notwendig sein. Die hauptamtliche Ausstattung wird geringer werden und in jedem Modell wird von vier Regionalmitarbeitenden als Zielstellung ausgegangen. Dies erfordert die deutliche Stärkung des Ehrenamtes. Daraus resultierend wird es Aufgabe der Mitarbeitenden in den Regionen sein, das Ehrenamt gezielt zu fördern und anzuleiten. Diese Aufgabe ist in ihrer Prioritätensetzung neu. Sie verlangt außerordentliche kommunikative Fähigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt und eine neue Arbeitsorganisation vor Ort. Gleichzeitig müssen die Hauptamtlichen sich auf die verschiedenen Gegebenheiten (z.B. Arbeitsabläufe in den Kreisverbänden) einstellen und die Möglichkeit haben, in verschiedenen Kreisverbänden differenziert zu arbeiten und das Ehrenamt anzuleiten. Dies verlangt eine entsprechende Weiterbildung der Hauptamtlichen in diesem Bereich. Diese ist für die Hauptamtlichen verpflichtend. Dabei sollten kommunikative und kreative Methoden in der Anleitung des Ehrenamtes im Vordergrund stehen.
5. Regelmäßige Treffen der Hauptamtlichen in den Regionen und der Landesgeschäftsstelle sollten Bestandteil der Arbeitsplanung und Arbeitszeit sein. Dabei ist auch der Austausch der Mitarbeitenden von großer Bedeutung, um die Arbeit mit dem Ehrenamt kontinuierlich zu verbessern.
6. Alle dem Landesparteitag vorgelegten Modelle gehen davon aus, dass sich die Abführungen an den Landesverband an den Beitragseinnahmen orientieren. Jeder Euro mehr an Spendeneinnahmen oder Mandatsträgerbeiträgen **wie bisher** verbleibt im Kreisverband. Dies ist eine Motivation für alle, die Spenden und Mandatsträgerbeiträge zu erhöhen, aber auch weiterhin um mehr Mitglieder zu werben. Beitragsehrlichkeit und die beständige Erhöhung des Durchschnittsbeitrages sind unabhängig davon Aufgabe aller Kreisvorstände.
7. In jedem Falle kommt auf den Landesausschuss eine größere Verantwortung bei der Aufstellung der Finanzpläne zu. Dies betrifft insbesondere auch die finanzielle Ausstattung der Landesgeschäftsstelle. Der Landesausschuss ist nach unserer Satzung das geeignete Gremium, um den Interessenausgleich zwischen den Kreisverbänden und der Landesgeschäftsstelle bei der jährlichen Aufstellung des Haushaltsplanes zu gewährleisten. Wir sehen im Ergebnis die Möglichkeit für eine größere Transparenz der Finanztätigkeit der Landesgeschäftsstelle.
8. Ohne die Entscheidungsfreiheit des Landesparteitages infrage zu stellen empfiehlt der Landesausschuss dem Landesparteitag die Beschlussfassung des Modells „90-92,5 Prozent“.